Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5794**

16. Wahlperiode 20. 06. 2007

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Angelika Brunkhorst, Cornelia Pieper, Michael Kauch, Patrick Döring, Horst Meierhofer, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Bildung für nachhaltige Entwicklung – Umweltbewusstsein und Akzeptanz für verbesserten Natur- und Klimaschutz

Eine verstärkte Bildung für nachhaltige Entwicklung ist unerlässlich für ein besseres gesamtgesellschaftliches Verstehen der Zusammenhänge in der Natur und eine breitere Akzeptanz des Klima- und Naturschutzes. Nur auf solcher Grundlage kann der Gesetzgeber mehr Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen, eine größere Effektivität und einen tragbareren und nachhaltigeren Naturschutz durchsetzen, der auch soziale Aspekte berücksichtigt.

Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von 2005 bis 2014 zielt in diesem Sinne darauf ab, geeignete Akzentuierungen in allen UN-Mitgliedstaaten herbeizuführen. Zu deren Umsetzung in Deutschland hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung das Programm Transfer 21 ins Leben gerufen, die das Thema „Nachhaltige Entwicklung“ in die Schulen bringen soll. Das Programm kann einerseits zwar bereits erkennbare Erfolge vorweisen. Andererseits ist die Finanzierung seitens des Bundes bislang nur bis zum Jahr 2008 vorgesehen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Plant die Bundesregierung, die Bundesländer bei der Fortsetzung des Programms Transfer 21 nach 2008 zu unterstützen?

   Wenn ja, wann geschieht dies und plant die Bundesregierung, die bestehenden Programme zu verlängern oder werden hierfür beispielsweise gemeinsam mit den Ländern Agenturen gegründet?

   Wenn nein, warum nicht, und auf welche Weise will sich die Bundesregierung stattdessen an der Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beteiligen oder plant sie, sich aus dem Projekt zurückzuziehen?

2. Inwieweit kann sich der Bund im Bildungsbereich engagieren, um die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zum Erfolg zu führen, obwohl Bildung in Deutschland in erster Linie Ländersache ist?
3. Auf welche Weise und in welchem Umfang arbeiten BMU und BMBF zusammen, um die wichtigsten Ziele der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Klimaschutz, Ernährung/Gesundheit, Ökonomie, Ökologie) erfolgreich umzusetzen?
4. Welche konkreten Aktivitäten sind derzeit geplant, um den wichtigsten Aufgaben der Bildung für nachhaltigen Entwicklung bei der Fortführung von Transfer 21 nachzukommen?
5. Welche konkreten Themengebiete umfasst der Begriff „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ nach Meinung der Bundesregierung?
6. Welchen Stellenwert nimmt die Umwelt- und Naturbildung in der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ein?
7. Welche Schwerpunkte und Projekte im Bereich der Umwelt- und Naturbildung fördert die Bundesregierung im Rahmen der UN-Dekade?
8. Welche Schwerpunkte und Projekte im Bereich der Klimaschutzbildung fördert die Bundesregierung im Rahmen der UN-Dekade?
9. Welche Projekte zur Bildung hinsichtlich des demographischen Wandels und der Generationengerechtigkeit fördert die Bundesregierung im Rahmen der UN-Dekade und welche sind gegebenenfalls geplant?
10. Sieht die Bundesregierung bildungspolitischen Handlungsbedarf im Bereich der Umwelt- und Naturbildung in Deutschland, und wenn ja, welche Schlussfolgerung werden daraus gezogen?
11. Sieht die Bundesregierung bildungspolitischen Handlungsbedarf im Bereich der Bildung zum Thema Klimaschutz in Deutschland, und wenn ja, welche Schlussfolgerung werden daraus gezogen?
12. Sind der Bundesregierung neuere Erhebungen zum Naturverständnis der Kinder und Jugendlichen in Deutschland bekannt, und wenn ja, um welche Studien handelt es sich dabei und zu welchen Ergebnissen gelangen diese Studien?
13. Wenn nein, hält die Bundesregierung die Durchführung derartiger Erhebungen für notwendig und plant die Bundesregierung, solche in Auftrag zu geben?

    Wenn nein, weshalb nicht, und wenn ja, welchen zeitlichen und welchen budgetären Rahmen hält die Bundesregierung ggf. für angemessen?
14. Laut „Jugendreport Natur“ wachsen die Jugendlichen mit dem Verständnis auf, dass Verbote zwingend für den Naturschutz erforderlich seien und die einzig wirksame Maßnahme darstellten. Wie beurteilt die Bundesregierung dieses Ergebnis und wie schätzt sie dieses Verständnis im Hinblick auf die formulierten nationalen und europäischen Klima- und Naturschutzziele ein?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, auf der Grundlage einer verstärkten Umwelt- und Naturbildung und eines somit verbesserten Verständnisses für Naturprozesse bestehende Verbote und Regulierungen zum Schutz der Natur erübrigen bzw. aufheben zu können?
16. Welche Projekte oder Erziehungsformen besonderer Bildung im Bereich Klima- und Naturschutz werden in Kindergärten und Schulen in Deutschland durchgeführt, und wie viele Kinder und Schüler werden dadurch erreicht?

17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Förderung von Naturkindergärten, die Schaffung von Naturerlebnisräumen oder unmittelbarer Naturerfahrungen in der Schule?
18. Welche Maßnahmen hat die Kultusministerkonferenz unternommen, um die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu unterstützen und umzusetzen?
19. Welche Maßnahmen können nach Auffassung der Bundesregierung ergriffen werden, um bei der Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern dafür zu sorgen, dass Belange der Nachhaltigkeit und ein erhöhtes Umweltbewusstsein stärkere Berücksichtigung finden?

Berlin, den 19. Juni 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333